

Le Pen misst sich mit Männern

PARIS. Knapp einen Monat vor der Präsidentschaftswahl in Frankreich trafen sich gestern Abend die wichtigsten Kandidaten in der ersten TV-Debatte: Rechtspopulistin Marine Le Pen, der Konservative François Fillon, Sozialist Benoît Hamon, Linkspartei-Gründer Jean-Luc Mélenchon und der parteilose Emmanuel Macron. Thema war etwa die Energiewende. SDA

BMW-Arbeiter dröhnen sich zu

MÜNCHEN. Zwei polnische Arbeiter im Münchner BMW-Werk waren Anfang März völlig zugehörnt am Fließband der Auspuffmontage beschäftigt. Einer hatte 1 Promille Alkohol im Blut, der andere stand unter Einfluss von Amphetaminen. Zudem hatten die beiden einen Joint gefunden, der mit einer berauschenden Kräutermischung und synthetischen Stoffen versetzt war, wie die «Bild» schreibt. Schliesslich kollabierten beide. Kollegen riefen den Notarzt. Die Montage musste rund 40 Minuten unterbrochen werden. OLI

Patienten gehen immer häufiger zum Spezialisten

ZÜRICH. Laut einer Studie der Credit Suisse werden die Gesundheitskosten massiv steigen. Die wichtigsten Punkte.

Bis 2040 dürften die Gesundheitskosten einer Studie der Credit Suisse (CS) zufolge jährlich um über drei Prozent steigen. Laut Hauptautor Andreas Christen werden sich die durchschnittlichen Krankenkassenprämien pro Kopf fast

verdoppeln. 2040 werden die Schweizer 517 Franken pro Monat an Prämien zahlen. Die fünf wichtigsten Probleme:

- Patienten zahlen laut der CS-Studie nur gerade ein Viertel der Gesundheitskosten direkt, etwa über den Selbstbehalt. «Offensichtlich generiert die Tatsache, dass die bezogenen Leistungen nur zu einem geringen Teil selbst bezahlt werden müssen, Fehlanreize in Richtung Überkonsum», folgern die Studienautoren.

- Die Schweizer gehen häufiger zum Arzt. Laut einer Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums ist der Anteil jener, die sich in den letzten zwei Jahren bei einem Spezialisten behandeln liessen, seit 2010 um über zehn Prozentpunkte gestiegen.

- Als weiteren Grund nennt die CS den medizinischen Fortschritt. In der Studie wird das Beispiel von Magnetresonanztomografen genannt. Die CS spricht von einer «Übersor-

gung von Schweizer Spitälern mit gewissen Geräten».

- Wie jedes Gesundheitssystem sei auch das schweizerische teilweise ineffizient, so die Studienautoren. Sie kritisieren, dass im Gesundheitssystem die Nachfrage vom Angebot getrieben werde. Was angeboten werde, werde konsumiert.

- Auch die steigende Lebenserwartung spielt eine Rolle. Jedoch bewirke diese nur rund 18 Prozent des Ausgabenanstiegs. VALESKA BLANK

«Müssen uns an der Nase nehmen»



Barbara Schmid-Federer
Nationalrätin CVP. PETER HEBEISEN

«Wir müssen uns damit befassen, dass wir zu viele Spitäler haben. Allerdings gibt es hier grosse Widerstände. Mit der vom Volk abgelehnten Managed-Care-Vorlage wollten wir den teuren Gang zu den Spezialisten reduzieren und Doppelspurigkeiten vermeiden. Neu arbeiten wir an der Stärkung der Interprofessionalität in der Grundversorgung mithilfe des elektronischen Patientendossiers. Damit werden unnötige Spital- oder Arztbesuche vermieden. Grundsätzlich müssen wir uns jedoch selbst an der Nase nehmen. Wir können nicht bei jeder kleinen Beschwerde den teuren Spezialisten aufsuchen.» ASC

«Nicht bei jeder Lappalie zum Arzt»



Regine Sauter
Nationalrätin FDP. KEYSTONE

«Um gegen die steigenden Gesundheitskosten vorzugehen, hat die FDP vorgeschlagen, die Grundfranchise zu erhöhen. Die Versicherten müssten in diesem Fall einen grösseren Anteil der Kosten der Behandlungen aus eigener Tasche bezahlen. Damit könnten wir verhindern, dass die Menschen gleich bei jeder Lappalie zum Arzt rennen oder diese gleich von mehreren Ärzten abklären lassen. Mehr Behandlungen sollen zudem ambulant anstatt stationär erfolgen. Ausserdem sollte der Vertragszwang zwischen den Ärzten und den Krankenkassen aufgehoben werden.» ASC

«Grippe-Therapie selbst bezahlen»



Heinz Brand
Nationalrat SVP. KEYSTONE

«Versicherte zahlen heute immer mehr Prämien. Deshalb wollen sie die Leistungen möglichst ausschöpfen. Das führt dazu, dass die Kosten weiter steigen. Die Krankenkassen müssen zudem allen Ärzten und Spitälern alle Leistungen bezahlen. Könnten sie gezielt Ärzte oder Leistungserbringer wählen, würde der Kostenanstieg verlangsamt. Eine andere Option wäre die stärkere Erhöhung der Grundfranchise. Oder Krankenkassen würden nur noch für Grossrisiken wie Krebs oder Herzinfarkte aufkommen. Die Behandlung von geringfügigen Erkrankungen wie etwa einer Grippe müsste der Patient selbst zahlen.» ASC

«Unnötige Eingriffe vermeiden»



Bea Heim
Nationalrätin SP. KEYSTONE

«Solange das Sparpotenzial im Gesundheitswesen nicht ausgeschöpft ist, dürfen Versicherte nicht weiter geschröpft werden. Um Kosten zu sparen, fordere ich eine konsequente Qualitätsstrategie in Spitälern. Wir haben unnötige Eingriffe in Milliardenhöhe. Kostentreibend sind auch die technische Aufrüstung und der Wettbewerb um lukrative Eingriffe. Auch die rapide Zunahme an ambulanten Behandlungen, für die die Krankenkassen aufkommen, ist ein Problem. Die Kantone sollen sich daran beteiligen. Mittelfristig sollte kein Haushalt über 10 Prozent des Einkommens für die Krankenkasse ausgeben müssen.» ASC

«Flüchtlingsproblematik gemeinsam lösen»

ROM. Mehrere Länder aus Europa – darunter die Schweiz – wollen gemeinsam mit Staaten aus Nordafrika Flüchtlinge aus Afrika so früh wie möglich auf ihrem Weg nach Europa stoppen. Bei einem Treffen der Minister mit Vertretern aus Tune-

sien und Libyen wurde gestern in Rom eine «Kontaktgruppe» ins Leben gerufen. Zentrale Punkte sind die Stärkung der Küstenwache und des Grenzschutzes in Libyen. Auch sollen Fluchtursachen bekämpft und Flüchtlinge geschützt werden.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga: «Wir haben aus Sicherheitsgründen volles Interesse daran, dass Italiens Anstrengungen bei der Flüchtlingsregistrierung weiterhin fortgesetzt werden.» Die Schweiz dränge darauf, dass sich die EU solida-

risch mit Italien und Griechenland zeige. «Wir wollen verhindern, dass jedes Land nur sich selbst und nicht die anderen berücksichtigt. Dabei können wir nur gemeinsam und nicht gegeneinander die Flüchtlingsproblematik bewältigen.» SDA